



Themen in dieser Ausgabe:

- Der EU-Präsident kommt die Steuerzahler teuer zu stehen
- Mehr Toleranz üben
- Obama verbeugt sich vor Kaiser Akihito
- St. Vincent und die Grenadinen: Referendum über die Einführung der Republik gescheitert

Jahr 3, Ausgabe 17

29.11.09

Bezieher: 382

CORONA-Nachrichten für Monarchisten

Der EU-Präsident kommt die Steuerzahler teuer zu stehen

Deutsche Zeitungskommentatoren haben die neuen EU-Spitzenkräfte skeptisch willkommen geheißen. Von Kompromißkandidaten war die Rede und von der Furcht, zwei vermeintlich blasse Figuren kämen den EU-Granden wie *Merkel* und *Sarkozy*, *Brown* und *Berlusconi* genehmer als der geniale Selbstvermarkter *Tony Blair*. *Herman Van Rompuy* hat seinem König in Belgien treu gedient, wie es sein Amtseid verlangte („Je jure fidélité au Roi“ - Ich schwöre dem König Treue.) und soll ab Januar 2010 für zweieinhalb Jahre als *ständiger Präsident des Europäischen Rats* - so sein offizieller Titel - dem Gremium vorsitzen, das ihn auserkoren hat. Das sind 27 mächtige Landesfürsten, die zwar einen Vorsitzenden haben wollen, aber allzu kraftvoll soll er denn doch nicht mit ihnen verfahren. Die Medien reiben sich gerne an machtvollen Personen, weshalb sie *Herman Van Rompuy* kleinschreiben. Trotzdem nennen sie ihn der Einfachheit halber immer „EU-Präsident“, obwohl er das nicht ist.

Doch mit dem neuen Amt kommen die Privilegien: 29.504,29 € monatlich wird *Rompuy* künftig erhalten (*Sarkozy* erhält als französischer Präsident 21.133,37 €), sein persönlicher Mitarbeiterstab umfaßt 22 Personen, das gesamte Amt wird 60 Menschen in guten Lohn und üppig Brot bringen. Das jährliche Budget des Präsidentenbüros beträgt 25 Millionen €, wobei sich *Rompuy*s Reiseetat allein auf 4,4 Millionen € belaufen wird. Wer sagt, damit ließen sich keine großen Sprünge machen?

Die Krönung der EU-Präsidentschaft ist allerdings ein Palast, der gerade im Entstehen ist. Laut britischem *Daily Telegraph* soll der „*Résidence Palace*“ genannte Bau, „*the most impressive in Brussels*“ werden. Auf 307,2 Millionen € beziffert der *Daily Telegraph* die Kosten für den Palast, der 2013 fertiggestellt sein soll. 29.000 m² Fläche wird er dann dem Vorsitzenden, seiner Entourage und deren Aktivitäten bieten. Ein Vergleich mit dem Berliner Stadtschloß gefällig? Dem Humboldt-Forum werden ca. 55.000 m² Flächen zur Verfügung stehen, wovon der größte Anteil von der *Stiftung Preußischer Kulturbesitz* genutzt werden wird. Weitere 5.000 m² sind noch unverplant. Laut Bundestagsbeschuß soll der Wiederaufbau 552 Millionen € kosten, wovon 80 Millionen € mit Spenden finanziert werden. Komisch, daß über die Kosten des Berliner Stadtschlosses unendliche Diskussionen stattfinden, während der Präsidentenpalast in Brüssel nirgendwo thematisiert wird. H.S.



Mehr Toleranz üben

Am vergangenen Montag berichtete das *Hamburger Abendblatt*, wie *Günther Jauch* über die Gnadenlosigkeit des Internets sein Herz ausschüttete: „*Alle unsere Abgründe, alles, was wir da irgendwo mal machen, ist für alle Zeiten gespeichert. Es gibt kein Vergessen, kein Verzeihen, das ist für immer da.*“

Kein monarchistisches Thema? Doch, ein urmonarchistisches sogar, denn die Angst vor dem Internet lähmt zunehmend das Engagement gerade junger Leute für den monarchischen Gedanken. Niemand möchte sich die Zukunft mit einem Bekenntnis zur monarchischen Staatsform verbauen.

Für Arbeitgeber ist es üblich geworden, die Namen von Stellenbewerbern in eine Suchmaschine einzugeben und ihr Privatleben auszuforschen. Legal, aber auch legitim? Politische Gegner durchforschen das weltweite Netz nach Einträgen Andersdenker, die man mit Aussagen zur gekrönten Staatsform vielleicht aus dem Verkehr ziehen kann.

Diese Angst hat in bestimmten Foren, die die Monarchie zum Hauptthema haben, dazu geführt, daß alte Einträge gelöscht und neue Meinungsäußerungen nicht mehr gepostet wurden. Es fehlt nicht am Willen, sich zur Monarchie zu bekennen, aber wer will schon verlangen, daß junge Leute ihre berufliche Zukunft riskieren? Oder daß sie direkt bedroht, unter Umständen sogar angegriffen werden, weil ihre Klarnamen die Identifizierung mit Wohnort, Telefon, vielleicht sogar Wohnung zulassen.

Zu weit hergeholt? Immerhin wurden diese Begründungen genannt, als sich Forumsteilnehmer aus der allgemeinen Diskussion verabschiedeten.

Wie soll eine politische Auseinandersetzung um die Frage der Zukunft der monarchischen Idee in Deutschland stattfinden, wenn der Teil, der sie positiv beantwortet, an der freien Meinungsäußerung gehindert wird? Ein Monolog unter ihren Gegner muß doch recht langweilig sein.

Auf dem 2. Monarchieforum in He-

chingen wurde das Problem von einigen jungen Teilnehmern angesprochen, womit es aus dem Internet in die Wirklichkeit geholt und als reales Phänomen deutlich wurde. Eine Lösung hatte auch in Hechingen keiner zur Hand. Nur Beschwichtigungen.

In anderen Fällen würde die typisch deutsche Forderung lauten: Neue Gesetze und Verbote. Das kann kein monarchistischer Ansatz sein. Das Problem geht ja tiefer und weit über den Kreis von Monarchisten hinaus. Wenn Prominente wie *Günther Jauch* sich über die Unfähigkeit des Vergessens im Internet beklagen - und nichts erreichen werden -, wie soll sich der kleine Mann, die kleine Frau von der Straße wehren?

Der Geist ist aus der Flasche und wird trotz aller Klagen nicht mehr dahin zurückkehren. Man wird damit leben müssen, daß im Internet Suchmaschinen Menschen bloßlegen. Es würde ja schon helfen, wenn vom „Mainstream“ abweichende Ansichten großzügiger toleriert würden. Von allen. H.S.

Obama verbeugt sich vor Kaiser Akihito



Zwei Photos mit hoher Symbolkraft: Kaiser Hirohito mit General Douglas MacArthur und Kaiser Akihito mit Präsident Barack Obama.

Selten ist jemand so mit außenpolitischen Vorschüßlorbeeren überhäuft worden, wie der frischgebackene Friedensnobelpreisträger Barack Obama. Dabei zeichnet sich seine Außenpolitik jedoch bislang eher durch symbolische Gesten als durch konkrete Schritte aus: Zwar fielen versöhnliche Worte gegenüber Kuba oder der arabischen Welt. Die Probleme in Afghanistan oder im Nahen Osten bleiben jedoch ungelöst und auch das Scheitern des Klimagipfels im Dezember in Kopenhagen gilt als ausgemacht. Und wie sollte auch ein Einzelner die Probleme dieser Welt lösen?

Immerhin: In der Diplomatie werden auch symbolische Handlungen wahrgenommen. Eines dieser Zeichen war die Verbeugung vor Kaiser Akihito bei einem Staatsbesuch in Tokio im November. Man muß dem amerikanischen Präsidenten dabei immerhin zu Gute halten, daß er für seine kleinen außenpolitischen Gesten innenpolitischen Druck nicht scheut: Seine Gegner in den USA warfen ihm nicht nur vor, daß die Verbeugung vorm Staatschef des ehemaligen Kriegsgegners nicht statthaft sei. Auch anti-monarchische Ressentiments wurden ausgespielt: Die Amerikaner hätten die britische Monarchie überwunden, seien ein freies Volk und der Präsident sollte sich vor niemandem verbeugen, der seine Herrschaft nur durch seine Geburt begründet. Schließlich würde das Protokoll so oder so keine Verbeugung des amerikanischen Präsidenten vor ausländischen Staatsoberhäuptern vorsehen.

Soweit zur amerikanischen Lesart. Die japanische dürfte etwas anders ausfallen. Immerhin waren es amerikanische Soldaten, die 1854 mit vier Kriegsschiffen japanische Häfen beschossen und das stolze Japan damit zur Öffnung gegenüber ausländischen Einflüssen zwangen - das Schlüsselereignis der gesamten jüngeren japanischen Geschichte. Durch den Schritt der Amerikaner wurde das Shogunat hinweggefegt

und der bislang politisch machtlose *Himmliche Herrscher*, wie der Tenno übersetzt heißt, wurde Symbol einer Erneuerungsbewegung, die Japan erlaubte, als einziges asiatisches Land im Konzert der Großmächte mitwirken zu können. Nach dem Trauma von 1854 setzte sich in den Köpfen der japanischen Verantwortlichen jedoch auch die fatale Fehleinschätzung fest, die USA würden Japan auf den Status einer Kolonie zurückführen wollen. 1941 beurteilten japanische Politiker die Lage dann in der Art, daß es besser sei, die als weitere Demütigung interpretierten amerikanischen Forderungen zu verwerfen und einen völlig ungleichen Kampf zu führen.

Nach dem verlorenen Krieg hing das Schicksal der japanischen Monarchie dann monatelang an Besatzungsgenerälen und ein berühmtes Photo zeigt den schmächtigen Kaiser Hirohito im Anzug neben dem hochgewachsenen General Douglas MacArthur in legerer Kleidung. War das Photo von der amerikanischen Presse eigentlich zur Vorführung des besiegten Gegners gedacht, rechnen viele Japaner es ihrem Kaiser bis heute hoch an, Abstriche beim Ansehen seiner eigenen Person gemacht zu haben, um weiteres Leid vom japanischen Volk abzuwenden.

Das Foto vom November 2009 ist daher so etwas wie eine Wiedergutmachung, die in Japan durchaus bemerkt wurde. Die Verbeugung vor dem Kaiser war auch eine Verbeugung vor der japanischen Nation und Kultur, deren Verkörperung der Tenno ist. Damit hat Obama mehr Intelligenz bewiesen als seine Gegner, deren republikanischer Ständesdünkel gegenüber jenen zurückgebliebenen Hinterwäldlern, die tatsächlich einen geborenen Staatsoberhaupt bevorzugen, größer ist, als der jedes mittelalterlichen Feudalherren.

L.R.

Gómez Dávila

Um die Argumente des Reaktionärs zu entkräften, fällt dem Demokraten nur ein, daß es Argumente eines Reaktionärs seien.

Referendum über die Einführung der Republik gescheitert

Es gehört zu den Vorteilen der Republikaner uns gegenüber, daß es unendlich viel leichter ist, die Republik auszurufen und mit jahrhundertealten Traditionen zu brechen, als mit der Einführung einer Monarchie wieder an alte Traditionen anzuknüpfen.

Gleichzeitig ist es auch recht einfach, eine flüchtige Laune des Volkes zu nutzen und die Monarchie notfalls in mehreren Anläufen per Referendum abzuwählen, während Monarchisten die Möglichkeit eines Referendums nicht gewährt wird, wenn die Republik erst einmal besteht.

Ganz so einfach ist es für die Republikaner dann aber wohl doch nicht. Wo immer in den letzten Jahren eine Abstimmung über die Monarchie stattfand (Australien 1999, Tuvalu 2008), blieb es beim status quo.

Auch in diesem Monat scheiterte wieder ein Referendum: Auf St. Vincent und den Grenadinen entschieden sich

55,64% der Wähler für den Beibehalt der britischen Königin Elizabeths II. als Staatsoberhaupt. Dies entspricht 29019 Stimmen. Für eine Verfassungsänderung im Sinne der Republik wäre eine 2/3-Mehrheit gegen die Monarchie erforderlich gewesen.

Wie überall auf der Welt wurde die Kampagne der Republikaner dabei von den politischen Parteien unterstützt, die sich gut hätten vorstellen können, auch noch das letzte Amt im Staat mit der eigenen Klientel zu besetzen. Daher verfügten die Republikaner wie überall auch über fast unbegrenzte finanzielle Mittel, während die Monarchisten für ihre Arbeit nur auf ehrenamtliches Engagement zählen durften.

Daß ein solches Referendum trotzdem wieder einmal gescheitert ist, spricht immerhin für das oft als etwas unbedarft gescholtene Wahlvolk.

L.R.

Tage:

1. Dezember 1640: Friedrich Wilhelm wird Kurfürst von Brandenburg und Herzog von Preußen
1. Dezember 1822: Mit der Krönung des portugiesischen Kronprinzen Dom Pedro zum Kaiser von Brasilien entsteht ein erfolgreicher Gegenentwurf zu den Republiken des amerikanischen Kontinents
11. Dezember 1813: Da Napoleon die royalistischen Aufständischen in Spanien nicht bezwingen kann, muß er dem legitimen spanischen König Ferdinand VII. aus dem Hause der Bourbonen seine Krone zurückgeben

Impressum:

Herausgeber: Bund aufrechter Monarchisten, Pasterstraße 32, 10407 Berlin, **E-Mail:** corona_redaktion@yahoo.com

Autorenverantwortung: Für namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Artikel ist der Autor alleinverantwortlich.

Erscheinungsweise: Der Rundbrief erscheint alle drei Wochen.

Bezugsweise: Die pdf-Datei ist kostenlos erhältlich. Interessenten wenden sich an die Redaktionsadresse, um sich in die Verteilerkartei eintragen zu lassen.

Copyright: Alle Rechte an den Artikel liegen bei der Redaktion und den Autoren. Nachdruck oder elektronische Verbreitung einzelner Artikel ist nur mit Zustimmung der Redaktion sowie des Autors möglich. Die unveränderte Weitergabe des Rundbriefs ist gestattet. Leserbriefe und Beiträge zur Veröffentlichung in **Corona** bitte an: corona_redaktion@yahoo.com; Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 29. November 2009